



## **Ausschuss für Kommunalpolitik**

40. Sitzung (öffentlich)

28. Mai 2003

Düsseldorf – Haus des Landtags

9.30 Uhr bis 10.05 Uhr

Vorsitz: Monika Brunert-Jetter (CDU) (stellvertretend)

Stenograf: Michael Roeßgen

Verhandlungspunkte:

**Vor Eintritt in die Tagesordnung ..... 1**

• Ergebnis..... 1

**1 Gesetz zur Förderung des Mittelstandes (Mittelstandsgesetz) ..... 1**

Gesetzentwurf der Landesregierung

Drucksache 13/2707

Ausschussprotokoll 13/744

– abschließende Beratung zur Abgabe eines Votums an den federführenden  
Ausschuss für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie gemäß Vereinbarung  
der Fraktionen

in Verbindung damit

**Gesetz zur Förderung von Wachstum und Beschäftigung im Mittelstand  
(Mittelstandsentwicklungsgesetz MEG)**Gesetzentwurf der Fraktion der CDU  
Drucksache 13/3733sowie**Gesetz zur Stärkung des Mittelstandes und zur Privatisierung in NRW  
(Mittelstands- und Privatisierungsgesetz)**Gesetzentwurf der FDP  
Drucksache 13/3771 (Neudruck)

- Diskussion..... 1
  - Ergebnis: *13/2707 mit Änderungen angenommen* ..... 2
- 2 Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Umsetzung des  
Pflegeversicherungsgesetzes (Landespflegegesetz Nordrhein-Westfalen PfG  
NW) ..... 2**
- Gesetzentwurf der Landesregierung  
Drucksache 13/3498
- abschließende Beratung zur Abgabe eines Votums an den federführenden  
Ausschuss für Arbeit, Gesundheit, Soziales und Abgelegenen der  
Vertriebenen und Flüchtlinge
- Ergebnis: *abgesetzt*..... 2
- 3 Gesetz über das Friedhofs- und Bestattungswesen (Bestattungsgesetz – BestG  
NRW)..... 3**
- Gesetzentwurf der Landesregierung  
(in der Fassung nach der zweiten Lesung)  
Drucksachen 13/2728, 13/3748 und 13/3768
- abschließende Beratung zur Abgabe eines Votums an den federführenden  
Ausschuss für Arbeit, Gesundheit, Soziales und Angelegenheiten der  
Vertriebenen und Flüchtlinge zur dritten Lesung
- Diskussion..... 3
  - Ergebnis: *beschlossen (Fassung nach zweiter Lesung)* ..... 5

**Nach Abhandlung der Tagesordnung ..... 5**

- Reise nach Österreich..... 5
- Nächste Sitzung: 18. Juni..... 5

\* \* \*



## Aus der Diskussion

### Vor Eintritt in die Tagesordnung

bittet **Frank Baranowski (SPD)** darum, Punkt 2 – Landespflegegesetz – heute abzusetzen, damit noch zu erwartende Änderungsanträge in die Beratung – gegebenenfalls in einer gemeinsamen Sitzung mit dem AGS – einfließen könnten. – Der **Ausschuss** folgt dem.

### 1 **Gesetz zur Förderung des Mittelstandes (Mittelstandsgesetz)**

Gesetzentwurf der Landesregierung  
Drucksache 13/2707

Ausschussprotokoll 13/744

– abschließende Beratung zur Abgabe eines Votums an den federführenden Ausschuss für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie gemäß Vereinbarung der Fraktionen

in Verbindung damit

**Gesetz zur Förderung von Wachstum und Beschäftigung im Mittelstand (Mittelstandsentwicklungsgesetz MEG)**

Gesetzentwurf der Fraktion der CDU  
Drucksache 13/3733

sowie

**Gesetz zur Stärkung des Mittelstandes und zur Privatisierung in NRW (Mittelstands- und Privatisierungsgesetz)**

Gesetzentwurf der FDP  
Drucksache 13/3771 (Neudruck)

**Stellvertretende Vorsitzende Monika Brunert-Jetter** leitet ein, in der Sitzung am 30. April sei die Abschlussberatung vorgesehen gewesen und wegen der nicht allen Mitgliedern bekannten Änderungsanträge der Koalitionsfraktionen verschoben worden. Man habe sich darauf verständigt, die Abschlussberatung in der heutigen Sondersitzung durchzuführen. Der federführende Wirtschaftsausschuss habe daraufhin erneut seine Abschlussberatung zurückgestellt.

Ferner habe der Ausschuss vereinbart, in die Beratung den Gesetzentwurf der CDU-Fraktion sowie den jetzt auch an uns zur Mitberatung überwiesenen Gesetzentwurf der Fraktion der FDP einzubeziehen.

**Frank Baranowski (SPD)** kündigt für seine Fraktion an, bei dem Gesetzentwurf der Landesregierung mit dem von den Koalitionsfraktionen eingebrachten Änderungsantrag zu bleiben, der sich auf § 107 der Gemeindeordnung beziehe. Das sei auch einer der wesentlichen Gründe, warum seine Fraktion die Gesetzentwürfe der beiden anderen Fraktionen ablehne, in denen sie eine Einschränkung der wirtschaftlichen Betätigung der Kommunen sehe. Dadurch würde zusätzlicher politischer Gestaltungsspielraum genommen.

**Franz-Josef Britz (CDU)** merkt an, bereits in der letzten Sitzung habe man die Argumente ausgetauscht. Die heute nun vorliegenden Änderungsanträge der Koalitionsfraktionen hätten allerdings nicht dazu geführt, dass die CDU dem Gesetzentwurf der Landesregierung in dieser geänderten Form zustimme.

**Dr. Ingo Wolf (FDP)** meint, die Änderungsanträge von Rot-Grün hätten den Gesetzentwurf der Landesregierung nicht zwingend verbessert. Die Liberalen sähen im Bereich der wirtschaftlichen Betätigung der Kommunen einen Einengungsbedarf, da man privat vor Staat setze.

**Der Ausschuss lehnt den Gesetzentwurf der Fraktion der CDU Drucksache 13/3733 mit den Stimmen von SPD Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen der CDU bei Enthaltung der FDP ab.**

**Der Gesetzentwurf der Fraktion der FDP Drucksache 13/3771 (Neufassung) wird mit den Stimmen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen der FDP bei Enthaltung der CDU ebenfalls abgelehnt.**

Sodann **nimmt** der Ausschuss den Änderungsantrag der Koalitionsfraktionen und anschließend den so **geänderten Gesetzentwurf der Landesregierung** Drucksache 13/2707 jeweils mit den Stimmen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen von CDU und FDP **an**.

## **2 Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Umsetzung des Pflegeversicherungsgesetzes (Landespflegegesetz Nordrhein-Westfalen PfG NW)**

Gesetzentwurf der Landesregierung  
Drucksache 13/3498

- abschließende Beratung zur Abgabe eines Votums an den federführenden Ausschuss für Arbeit, Gesundheit, Soziales und Abgelegenen der Vertriebenen und Flüchtlinge

Der Punkt wurde vor Eintritt in die Tagesordnung einvernehmlich **abgesetzt**.